

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch,
Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/1578

Betr.: Einführung eines Rücknahmesystems für Verpackungen und Medikamente in Hamburger Apotheken

Begründung:

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Antrag zur Einführung eines Rücknahmesystems für Verpackungen und Medikamente. Allerdings greift der Antrag zu kurz, da das Berliner Modell der Medi-Tonne nicht flächendeckend für die Rücknahme von Altmedikamenten steht. Es ist lediglich ein freiwilliges Angebot, das auf weitere Stadtbezirke ausgedehnt werden soll. Die Kosten von etwa 200 Euro hierfür tragen die am Entsorgungssystem beteiligten Apotheken.

Trinkwasser wird in Deutschland zu gut zwei Dritteln aus Grundwasser gewonnen. Trinkwasser ist ein wichtiges Lebensmittel, weshalb dem Vorsorgeprinzip beim Thema „Arzneimittel und Umwelt“ eine besondere Bedeutung zukommt.

Das Vorsorgeprinzip ist seit den Maastrichter EU-Verträgen von 1992 einer der wichtigsten rechtlichen Grundsätze in der europäischen Umweltgesetzgebung. Ohne sicher zu wissen, mit welcher Wahrscheinlichkeit und in welchem Ausmaß mögliche Schäden eintreten können, ist das Ziel des Vorsorgeprinzips, sie von vornherein zu vermeiden. In der Trinkwasserrichtlinie 98/83/EG sind bisher keine Grenzwerte für Arzneimittelwirkstoffe festgelegt. Hinzu kommt, dass die Umweltrisiken von Arzneimitteln ausdrücklich nicht in die für die Zulassung entscheidende Risiko-Nutzen-Abwägung in Deutschland einbezogen werden.

Die Bürgerschaft möge deshalb beschließen:

1. Der Senat möge sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass verbindliche Grenzwerte für Arzneimittelwirkstoffe in Oberflächen- und Grundwasser auf europäischer Ebene Eingang in die Trinkwasserrichtlinie finden, und damit auch in Deutschland umzusetzen sind.
2. Der Senat möge sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass es ein flächendeckendes Rücknahmesystem für die Entsorgung von Verpackungen und Medikamenten in Deutschland gibt. Die Entsorgungskosten sollen die Hersteller tragen.